

Transparenz Initiative JA

Kantonale Volksinitiative

**Für die Offenlegung der Politikfinanzierung
(Transparenzinitiative)**

Argumentarium

Transparenz Initiative JA



Sei es durch teure Werbekampagnen, Medien oder Verwaltungsratsmandate: Geld hat einen grossen Einfluss auf unsere Politik. Wer Geld in die Hand nehmen kann, hat mehr zu sagen als jene, die das nicht können. Die Transparenzinitiative fordert eine Demokratisierung. Kampagnenbudgets, Grossspenden und Interessenbindungen sollen offengelegt werden. Das fördert die Meinungsbildung und schränkt den Einfluss des Geldes ein.

Zur Abstimmung kommender Initiativtext

Die Verfassung des Kantons Schwyz wird wie folgt geändert:

§ 45a (neu) Offenlegungspflichten

¹ Alle Parteien und politische Gruppierungen, Kampagnenkomitees, Lobbyorganisationen und sonstige Organisationen, die sich an Abstimmungskämpfen sowie Wahlen beteiligen, die in die Kompetenz von Kanton, Bezirke und Gemeinden fallen, müssen ihre Finanzen offenlegen. Unter die Offenlegungspflichten fallen insbesondere:

a) die Finanzierungsquellen und das gesamte Budget für den betreffenden Wahl- oder Abstimmungskampf.

b) die Namen der juristischen Personen, die zur Finanzierung beigetragen haben, mit Angabe des jeweiligen Betrags. Ausgenommen sind Spenderinnen und Spender, deren Zuwendung insgesamt 1000 Franken pro Kalenderjahr nicht übersteigt.

c) die Namen der natürlichen Personen, die zur Finanzierung beigetragen haben, mit Angabe des jeweiligen Betrags. Ausgenommen sind Spenderinnen und Spender, deren Zuwendung insgesamt 5000 Franken pro Kalenderjahr nicht übersteigt.

² Alle Kandidierenden für alle öffentlichen Ämter auf Kantons- und Bezirksebene sowie für Exekutiven und Legislativen auf kommunaler Ebene legen ihre Interessenbindungen bei der Anmeldung ihrer Kandidatur offen.

³ Zu Beginn eines Kalenderjahres legen alle gewählten Mandatsträgerinnen und Mandatsträger in öffentlichen Ämtern gemäss Absatz 2 ihre Interessenbindungen offen.

⁴ Der Kanton oder eine unabhängige Stelle überprüfen die Richtigkeit der Angaben gemäss den Absätzen 1, 2 und 3 und erstellen ein öffentliches Register.

⁵ Widerhandlungen von Kandidierenden und gewählten Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern sowie von Parteien, politischen Gruppierungen, Abstimmungskomitees, Lobbyorganisationen und sonstigen Organisationen gegen die Verpflichtungen in den Abs. 1 bis 3 dieser Bestimmung werden mit Busse sanktioniert.

⁶ Das Gesetz regelt die Einzelheiten.

Übergangsbestimmung

Der Regierungsrat bestimmt das Inkrafttreten.

Argumente für die Initiative

JA zur Initiative «Für die Offenlegung der Politikfinanzierung (Transparenzinitiative)», weil ...

... **Transparenz eine stärkere Demokratie schafft.** Solange Bürgerinnen und Bürger nicht über Geldflüsse in der Politik in Kenntnis gesetzt werden, ist unsere Demokratie nur eine halbe Demokratie. In einer Demokratie sollte das Stimmvolk wissen, von welchem Geld Politikerinnen, Politiker und Parteien abhängig sind, um sich möglichst gut eine Meinung bilden zu können.

... **die Glaubwürdigkeit der Politik gestärkt wird.** Bei Vertrauensumfragen schneiden Politikerinnen und Politiker fortlaufend schlecht ab. Häufig stehen sie unter dem Generalverdacht, von Interessengruppen gekauft zu sein und nur für deren – und nicht das allgemeine – Wohl zu politisieren. Unsere Transparenzinitiative ist der erste Schritt zu einer glaubwürdigeren Politik.

... **Politikerinnen und Politiker aufgrund ihrer Fähigkeiten und nicht aufgrund ihrer finanziellen Mittel gewählt werden sollten.** Sie sollen sich mit Sachverhalten auseinandersetzen, die der Bevölkerung am Herzen liegen anstatt den Forderungen einzelner Akteure folgen.

... **die Bevölkerung wissen sollte, wer welche Abstimmung beeinflusst.** Nicht nur Parteien oder Privatpersonen werden mit Spenden gelenkt, auch Abstimmungsergebnisse werden mit teuren Abstimmungskampagnen ausschlaggebend beeinflusst. Das Stimmvolk muss über diese Vorgänge informiert sein.

... **eine kleine Elite nicht zu viel Einfluss haben darf.** Finanzkräftige Privatpersonen oder Organisationen können sich mit hohen Spendenbeträgen viel Macht erkaufen und die Politik nach ihrem Gutdünken lenken. Das darf in einer starken Demokratie nicht sein.

... Politikerinnen und Politiker keine Marionetten sein sollten. Politisierende sollten wahre Volksvertreterinnen und Volksvertreter sein und nicht bloss dem Ruf des Geldes folgen. Für die Stimmberechtigten ist es bei Wahlen oftmals schwer nachvollziehbar, welche Konzerne, Verbände, Privatpersonen, Interessengruppen oder Vereine durch einzelne Kandidatinnen und Kandidaten ideell und finanziell Einfluss auf die Schweizer Politik nehmen. Politikerinnen und Politiker sollen sich in einem öffentlichen Register zu ihren Interessenbindungen bekennen.

... die Schweiz international nicht hinten anstehen soll. Die Schweiz ist eine der wenigen Demokratien, die kaum gesetzliche Regelung zur Finanzierung der Parteien kennt. Gemäss dem Global Corruption Report von Transparency International¹ steht die Schweiz in Sachen Transparenz der Politikfinanzierung auf gleicher Stufe mit Albanien, El Salvador, Madagaskar oder Sri Lanka. Das ist ein peinliches Verdikt für die Schweiz mit ihrer halbdirekten Demokratie. Hier hat der Kanton Schwyz die Möglichkeit, Pionierarbeit zu leisten.

... jede Person gleich viel Mitspracherecht haben soll. Wer viel Geld zur Verfügung hat, kann momentan die Wahl- und Abstimmungsresultate unbemerkt beeinflussen. Der Grundsatz: „Ein Mensch, eine Stimme“ verkommt zur leeren Phrase, die nur noch formal, nicht aber praktisch gültig ist. In einer Demokratie muss aber jede Stimme gleich viel wert sein. Darum soll der Einfluss des Geldes eingedämmt werden.

¹ Transparency International Schweiz (Hg.). Korruption und Korruptionsbekämpfung in der Schweiz: Eine Übersicht von Transparency International Schweiz. Bern 2013. S. 39-43.

Gegenargumente

Es besteht kein Handlungsbedarf. Die Bürgerinnen und Bürger lassen sich nicht durch finanzielle Mittel blenden.

- Das ist absurd: Hätte Geld keinen Einfluss, so würde kaum welches für Abstimmungskämpfe und Wahlen ausgegeben werden. Zum Beispiel trägt Werbung zur Mobilisierung bei, aber auch zur Themensetzung. Das heisst überhaupt nicht, dass sich das Stimmvolk blenden lässt, allerdings hat es durchaus Einfluss auf die Mobilisierung, wenn dadurch eine Interessenseite dauerpräsent ist.
- Wenn alle Parteien so sauber sind: Warum legen sie die Finanzierungsquellen nicht offen?
- Die Bürgerinnen und Bürger haben ein Recht zu wissen, wer im Parlament welche Interessen vertritt.

Das Anliegen ist berechtigt, aber eine sinnvolle Umsetzung ist nicht möglich, unverhältnismässig und mit einem teuren Kontrollaufwand verbunden.

- Dass eine sinnvolle Umsetzung möglich ist, zeigen verschiedene Beispiele. Im Kanton Genf werden die öffentlich zugängliche Jahresrechnung und die Liste der Spenden durch einen anerkannten Treuhänder überprüft und beglaubigt. Bei Missachtung werden den politischen Gruppierungen die staatlichen Beiträge gestrichen. Und in den USA gibt es eine Internetdatenbank, auf der Spenden rasch und einfach einsehbar sind.
- Transparenz erfordert einen gewissen Mehraufwand für die Kontrolle, die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger erhalten jedoch im Gegenzug ein vertrauenswürdiges Politsystem. Dieses unterbindet die Korruption im Vornherein und bietet Gewissheit, dass sich Politisierende aufgrund finanzkräftigen Spenderinnen und Spender nicht nur für das Wohl einzelner einsetzen. Beziehungsweise besteht dank der Transparenz die Möglichkeit, solche Politisierende nicht zu wählen, was die Demokratie grundsätzlich stärkt.

Diese Initiative ist ein weiterer Schritt zum «gläsernen Bürger».

- Private Spenden von bis zu 5000 Franken werden anonymisiert. Kleinspenderinnen und Kleinspender haben nichts zu befürchten.
- Grossspenden hingegen sind keine Privatsache, weil sie erheblichen Einfluss auf das Abstimmungsverhalten von Politikerinnen, Politikern und Parteien haben und einen fairen politischen Wettbewerb verunmöglichen. Ausserdem: Wer mit Geld so viel zusätzlichen politischen Einfluss nehmen will, soll auch dazu stehen – und nicht nur im Hintergrund die Fäden ziehen. Das Recht der Allgemeinheit auf eine transparente Politik steht bei so hohen Summen über dem Recht auf Privatsphäre. Jede Privatperson, die sich zivilgesellschaftlich organisiert, muss sich outen, sei es die Krankenpflegerin, die bessere Arbeitsbedingungen will, der Behinderte, der behindertengerechte Wege fordert oder die Lesbe, die für Akzeptanz einsteht. Nur Reiche, die mit ihrem Geld eine gerechtere Politik verhindern wollen, können sich im Hintergrund verstecken und so die Interessen bei Abstimmungen verschleiern.

Die Initiative bringt wenig, da sie umgangen werden kann, indem z.B. Stiftungen oder andere juristische Personen den Fluss von Geldern anonymisieren.

- Mit dieser Ausrede wird jedes Gesetz nutzlos, weil es immer Umgehungen gibt. So müsste z.B. auch das Strassenverkehrsgesetz abgeschafft werden, da häufig gegen Regeln verstossen wird. Wir haben jedoch alles darangesetzt, die Initiative für saubere Politik so wasserdicht und umfassend wie möglich zu formulieren. Es ist am Parlament und an der Justiz, dafür zu sorgen, dass der Volkswille umgesetzt wird.
- Bei der Umsetzung der Initiative müssen gesetzliche Bestimmungen geschaffen werden, die verhindern, dass Spenden zerstückelt werden, um nicht offengelegt werden zu müssen. Wichtig ist die Festlegung von Sanktionsbestimmungen bei Widerhandlung (Busse, vorübergehender Verlust der Wählbarkeit oder des Parlamentssitzes etc.).

Die Initiative schwächt das Vertrauen in die Politik, denn dem Volk wird eine nicht zu garantierende Transparenz vorgegaukelt.

- Das Volk will mehr Transparenz: Gemäss einer Untersuchung des Forschungsprogramms UNIVOX von 2007 sprechen sich 87 Prozent der befragten Stimmberechtigten für eine Offenlegung aus.
- Im Kanton Schwyz haben wir auf Ebene der Gemeinden und Bezirke heute gar keine Regelung – schlechter geht es nicht. Jedes Gesetz, das mehr Transparenz bringt, ist besser als die heutige Situation. Zwar kann mit keiner Regelung das Auftreten politischer Korruption gänzlich ausgeschlossen werden. Offenlegungspflichten können das Risiko von Beeinflussung aber erheblich reduzieren.

Die Linken sind doch nur neidisch, weil sie nicht so viel Geld erhalten.

- Es geht hier nicht um Neid, sondern um unsere Demokratie.
- Die linken Parteien verzichten grundsätzlich auf Geldspenden von Unternehmen. Sie wollen unabhängig und glaubwürdig bleiben und haben entschieden, Spenden unter Bedingungen nur von Genossenschaften und Mitgliedergesellschaften zu akzeptieren. Die bürgerlichen Parteien schweigen sich darüber aus, von wem sie Geld annehmen.

Mehr Transparenz hat einen markanten Spendenrückgang zur Folge.

- Ein Zusammenhang zwischen einer Offenlegungspflicht und einem Spendenrückgang ist empirisch nicht belegt. So mussten zum Beispiel weder Genf noch das Tessin, wo es bereits eine solche Regelung gibt, einen Spendenrückgang verzeichnen. Auch in Grossbritannien hatten die Parteien nach der Einführung vergleichbarer Gesetze keine merklichen Einbussen verzeichnet.
- Die Angst ist unbegründet: Bereits haben grosse Geldgeber wie UBS, CS, Swiss etc. erste Schritte in Richtung Transparenz gemacht und ihre Praxis angepasst.
- Es ist uns bewusst, dass die Parteien ohne ausreichende finanzielle Mittel ihre Aufgaben nicht wahrnehmen können. Wir fordern lediglich, dass die Mittel auf transparente Weise fliessen und die Herkunft grösserer Spenden bekannt sind.

Die Interessenbindungen von gewählten Kantonsrätinnen und Kantonsräten müssen bereits heute offengelegt werden.

- Das stimmt, allerdings wird das bestehende Register extrem nachlässig geführt und es besteht keine Kontrolle über die Richtigkeit der Angaben. Zudem kann das Register im Moment nur bei der Staatskanzlei auf Anmeldung eingesehen werden. Wir fordern, dass die Angaben online für die ganze Bevölkerung zugänglich sind.
- Gerade auf Ebene der Gemeinden und Bezirke ist es wichtig, dass die Politikerinnen und Politiker Sachpolitik betreiben und nicht nur die Interessen einzelner Gruppen vertreten.
- Die Interessenbindungen sollten anders als heute bereits bei der Anmeldung der Kandidatur offengelegt werden, denn es ist wichtig, dass diese bereits vor der Wahl bekannt sind.

Die Kandidierenden seiner Gemeinde kennt man. Dazu braucht es keine Offenlegungspflichten.

- Auch in vielen Schwyzer Gemeinden ist die Bevölkerung stark angewachsen. Es ist heute nicht mehr möglich, alle Kandidierenden persönlich zu kennen.

Initiativkomitee

Das Initiativkomitee besteht aus folgenden Personen:

Noah Beeler, Präsident JUSO SZ, Rothenthurm | Jürg Bläuer, Arth | Thomas Büeler, Vorstand JUSO SZ, Lachen | Leo Camenzind, Kantonsrat & Vizepräsident SP SZ, Brunnen | Sibylle Dahinden Reinhard, Küssnacht | Paul Furrer, Kantonsrat, Schwyz | Luka Markić, Kantonsrat, Pfäffikon | Jonathan Prelicz, Kantonsrat, Arth | Toni Reichmuth, Präsident Grüne SZ, Steinen | Marc Rüfenacht, Pfäffikon | Karin Schwiter, Kantonsrätin, Lachen | Michèle Steiner, Vorstand JUSO SZ, Schwyz | Elias Studer, Oberarth | Andy Tschümperlin, Alt-Nationalrat, Rickenbach | Amon Vogler, Rickenbach | Christof Waser, Sattel | Erika Weber, Einsiedeln | Kathrin Ziltener, Siebnen

Weiterführende Literatur

Actares (Hg.). Politische Spenden von Unternehmen im Swiss Market Index 2013 & 2014. Bern, Genf 2015.

Caroni, Martina. Geld und Politik: Die Finanzierung politischer Kampagnen im Spannungsfeld von Verfassung, Demokratie und politischem Willen. Bern 2009.

Caroni, Martina. Anonymität statt Transparenz und Offenlegung: Gedanken zum neuen Modell der Finanzierung politischer Kampagnen. In: Jusletter. 01.04.2013.

Friedrich-Ebert-Stiftung (Hg.). Offenlegungsbestimmungen, Spenden- und Ausgabenbegrenzungen in der direkten Demokratie. o.O. 2014.

Gernet, Hilmar. (Un-)heimliches Geld: Parteienfinanzierung in der Schweiz. Zürich 2011.

Hermann, Michael / Novak, Mario. Das politische Profil des Geldes: Wahl- und Abstimmungswerbung in der Schweiz. o.O. 2012.

Office fédéral de la justice OFJ (Hg.). Financement des partis politiques et des campagnes électroales: Rapport de droit comparé. Bern 2011.

Transparency International Schweiz (Hg.). Korruption und Korruptionsbekämpfung in der Schweiz: Eine Übersicht von Transparency International Schweiz. Bern 2013.

Transparency International Schweiz (Hg.). Politikfinanzierung in der Schweiz: Dossier. Bern o.J.